WP-05-540 Ein Land der Freiheit, Sicherheit und Erneuerung

Antragsteller*in: Lena Maria Wünsch (KV Rheinisch-Bergischer Kreis)

Änderungsantrag zu WP-05

Nach Zeile 540 einfügen:
Das Recht auf eine Kontrollquittung wollen wir durch großangelegte Informationskampagnen bekannt machen. Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch nutzen!

Begründung

Die Einführung eines Rechts auf eine Kontrollquittung ist ein wichtiger Schritt, um Polizeikontrollen transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten. Damit dieses Recht seine Wirkung entfalten kann, müssen die Bürger*innen jedoch auch darüber informiert sein. Insbesondere Menschen, die häufiger von Polizeikontrollen betroffen sind, sollen ihre Rechte kennen und wahrnehmen können.

Durch breit angelegte und niedrigschwellige Informationskampagnen soll sichergestellt werden, dass das Recht auf eine Kontrollquittung möglichst vielen Menschen bekannt ist. Denn die gesetzliche Verankerung eines Rechts allein reicht nicht aus, wenn die Betroffenen nicht wissen, dass sie es in Anspruch nehmen können.

Unterstützer*innen

Martin Uhl (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Anke Bliedtner (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Daniela Jansen (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Viktor Hagen (KV Viersen); Rebecca Eidens (KV Köln); Aike Jeutes (KV Aachen); Christian Paulitz-Erdmann (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Lotta Ludwig (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Roland Vossebrecker (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Ursula Ehren (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Beate Birkner (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Olaf Springorum (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Britta Sachs (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Stella Laufenberg (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Kerstin Mittelbach (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Michael Josef Laufenberg (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Anja Weiligmann (KV Warendorf); Claudia Bacmeister (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Ursel Klein (KV Rheinisch-Bergischer Kreis)